

- 3.2 Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost)
Vorlage: 13/SVV/0102
Fraktion CDU/ANW
- 3.3 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm), Entscheidung zum weiteren Verfahren
Vorlage: 13/SVV/0110
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
auch OBR Golm und Eiche
OBR Golm
- 3.4 Freihaltetrasse Straßenbahn für Entwicklungsgebiet Krampnitz
Vorlage: 13/SVV/0128
Fraktion DIE LINKE
auch OBR Neu Fahrland und Fahrland
Ea Fraktion SPD
- 3.5 Machbarkeitsstudie für bahnbegleitenden Fuß-/ Radweg Hbf. - Kiewitt
Vorlage: 13/SVV/0129
Fraktion DIE LINKE
- 3.6 Städtebauliche Verträge
Vorlage: 13/SVV/0137
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Beschluss Radweg Friedrich Engels-Straße bzgl. DS 12/SVV/0599
Vorlage: 13/SVV/0153
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten
Vorlage: 13/SVV/0152
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
HA, G/S
- 4.3 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" - Platz 9 - Buslinie 693 wieder durchgängig bis Johannes-Kepler-Platz bzgl. Antrag 11/SVV/0823
Vorlage: 13/SVV/0148
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

4.4 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 21.02.2013 bis 13.03.2013

5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Kutzmutz.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.03.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2013 wird einstimmig bestätigt.

Es liegen Anträge auf Rederecht zum TOP 3.2, TOP 3.3 und TOP 3.4 vor.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegt ein Antrag auf Vertagung für den TOP 3.3 vor. Zu diesem TOP liegen aber gleichzeitig 3 Anträge auf Rederecht vor.

Herr Kutzmutz empfiehlt trotz Zurückstellung der Vorlage das Rederecht dennoch zu gewähren, da eine Antragstellerin von weit her extra angereist ist.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124 (Wiedervorlage)

Titel neu:

Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn)

Vorlage: 13/SVV/0059

entfällt - siehe Verständigung zur Tagesordnung

zu 3.2 Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost)

Vorlage: 13/SVV/0102

Fraktion CDU/ANW

Die Einbringung entfällt - siehe Verständigung zur Tagesordnung.

Herr Naumann (Bürgerinitiative Kirchsteigfeld) nimmt das Rederecht wahr. Er berichtet von der letzten Sitzung der BI, in der nach umfangreicher Diskussion erneut der Beschluss gefasst wurde, die Ablehnung des Antrages zur Umwidmung der Gewerbeflächen in Wohnungsbauflächen zu empfehlen. Man möchte die Gewerbeflächenansiedlung beibehalten, da diese als Lärmschutz von der Autobahn gelten. Für die Bewohner einer Wohnbebauung befürchtet man Gesundheitsrisiken in dem Bereich. Desweiteren seien bei möglichen 9000 EW zusätzlich zu hohe Verkehrsbelastungen zu erwarten der Ursprüngliche Slogan für das Kirchsteigfeld – Wohnen und Arbeiten am Standort Stadt der kurzen Wege – soll erhalten bleiben. Die bisher unzureichende Gewerbeentwicklung sei Schuld des Eigentümers.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) verweist auf das von der STVV am 4. April 2012 beschlossene Gewerbeflächensicherungskonzept (GSK), in dem die GE-Fläche des Kirchsteigfeldes eine der 40 Potenzialflächen 2020 (P 20) ist. Das Projektteam Gewerbeflächensicherung lehnte in Kenntnis des Antrages der CDU/ANW die beantragte Umwidmung ab (sh. Anlage Stellungnahme vom 22.03.2013).

zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm), Entscheidung zum weiteren Verfahren

Vorlage: 13/SVV/0110

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
auch OBR Golm und Eiche
OBR Golm

Die Einbringung entfällt, sh. Verständigung zur Tagesordnung.

Frau Prenzlau als Eigentümerin nimmt das Rederecht wahr. Sie spricht im Interesse vieler Eigentümer und weist darauf hin, dass sie 2 Jahr lang immer am Planungsprozess beteiligt waren. Das Planungsrecht sei nun zeitnah erforderlich. Investoren konnten gewonnen werden, die bereit sind zu bauen. Schwerpunkt sei das Studentenwohnen (ca. 450 WE), da die Nähe zum Campus und zur Bahn günstig ist. Anfragen gäbe es aber auch für das allgemeine Wohnen und für Gewerbe. Deshalb sei die Planungssicherheit jetzt wichtig. Im April gibt es Gespräche mit den Verkehrsplanern beim Oberbürgermeister.

Entsprechend dem im Vorfeld geäußerten Wunsch soll die Vorlage am 23.04.2013 im Ausschuss behandelt werden, wenn auch das Votum des Ortsbeirates Golm vorliegt.

zu 3.4 Freihaltetrasse Straßenbahn für Entwicklungsgebiet Krampnitz

Vorlage: 13/SVV/0128

Fraktion DIE LINKE
auch OBR Neu Fahrland und Fahrland
Ea Fraktion SPD

Herr Glaser(VIP) erläutert Erfordernisse einer Vorhaltetrasse der Straßenbahn. Es seien 12-14 m Breite erforderlich und ein schnelles Bauen möglich, weil keine Leitungen in dem Bereich vorhanden sind, diese würden parallel verlaufen. Herr Jäkel bekräftigt die Absicht der Beschlussvorlage dahingehend, dass es sich

um eine vorausschauende Planung im Rahmen der Vorsorge handelt. Der Ergänzungsvorschlag der SPD-Fraktion erweitert das Anliegen, diese Trasse schon vorab als Busspur zu nutzen.

Herr Kirsch fragt nach den Kosten, die Herr Goetzmann aber nur grob schätzen könnte, was durch den notwendigen Grunderwerb bedingt ist.

Herr Cornelius hält die Planung für die Busspur für genau so aufwändig, wie für die Straßenbahn.

Herr Gunold schlägt vor, den Antrag auch ohne Ergänzungsantrag zu befürworten.

Herr Lehmann würde heute nicht über den Ergänzungsantrag votieren und möchte damit bis zum 8. Mai warten.

Herr Krause findet es zu früh über Planungsinhalte zu entscheiden, da es noch keine Klarheit über die Entwicklungssatzung gibt.

Herr Jäkel erwidert, dass das doch keine Planung sei, sondern lediglich eine vorsorgliche Sicherung einer Trasse.

Herr Schütt würde erst das Stadtentwicklungskonzept Verkehr abwarten, bevor eine Entscheidung dazu getroffen wird.

Herr Goetzmann weist darauf hin, dass das Wachstum der Stadt ausschlaggebend für das STEK Verkehr ist. Der Nordraum ist der Wachstumspol der Stadt, unabhängig von Krampnitz. Somit müssten auch Betrachtungen ohne Planungssicherheit für Krampnitz angestellt werden. Im Übrigen bezieht sich der zeitliche Rahmen bei der Planung für Straßenbahntrassen auf 8-10 Jahre.

Herr Jäkel und Herr Bauer bekräftigen nochmals, dass die Freihaltetrasse doch nur als „Vormerkposten“ zu sehen ist und man viel zu viel in den Antrag hineininterpretiert.

Herr Bachmann schlägt eine Änderung des Ergänzungsantrags dahingehend vor, dass man sich auf den Begriff ÖPNV festlegt.

Herr Kutzmutz unterstützt das Anliegen der Beschlussvorlage dahingehend, dass er vor den Verkäufen der Flächen durch Herrn Jess warnt und dann keine Möglichkeit der Straßenbahn- oder Bustrasse mehr besteht. Man sollte einfach eine breite Fläche für den ÖPNV vorhalten.

Herr Pfrogner rät, unbedingt die Zielrichtung Tram beizubehalten.

Frau Hüneke schlägt vor, als Kompromiss „ÖPNV einschließlich Straßenbahn“ vorzusehen.

Herr Glaser informiert darüber, dass die Abmessungen für die Fahrbahn und die Haltestellenbereiche bei Bus und Tram gleich wären, so dass eine endgültige Entscheidung auch später noch getroffen werden kann.

Herr Jäkel bekräftigt nochmals die Notwendigkeit des Antrags, indem er an das Dilemma erinnert, die Tram-Trasse nach Golm durch den vorhandenen Siedlungsbereich zu führen.

Herr Goetzmann findet die Antragsintention durchaus richtig, weist aber dennoch darauf hin, dass Herr Jesse lediglich eine Studie für Entwicklungsmaßnahmen vorgestellt hat, und keinen Vorentwurf für einen B-Plan.

Herr Kutzmutz, bestätigt durch Herrn Krause, plädiert für einen eigenen Änderungsantrag.

Man einigt sich dann auf den vorliegenden Antrag in geänderter Form, welche nachfolgend zur Abstimmung gestellt wird.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im geplanten Entwicklungsgebiet Krampnitz eine Freihaltetrasse für die Erschließung des neuen Stadtteils mit durch den ÖPV einschließlich einer Straßenbahnlinie einzuplanen und planerisch festzusetzen.

Ferner sind künftig bei Beplanung von Flächen entlang der Nedlitzer Straße und im Bereich Neu Fahrland, die für eine Verlängerung der Straßenbahn in Richtung Krampnitz in Frage kommen, Überlegungen zur Einordnung einer Freihaltetrasse für einen Straßenbahnanschluss bis Krampnitz zu berücksichtigen.

Über den Stand der Erfüllung des Auftrages ist die Stadtverordnetenversammlung am 08.Mai 2013 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.5 Machbarkeitsstudie für bahnbegleitenden Fuß-/ Radweg Hbf. - Kiewitt
Vorlage: 13/SVV/0129
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt die Vorlage ein. Er stellt den jetzigen Zustand des vorhandenen Weges sowie der vorgesehenen Ergänzungstrasse mit div. Fotos dar. Er verweist darauf, dass hier verkehrstechnisches wie auch touristisches und erho-

lungstechnisches Potential steckt.

Die Verwaltung stellt dar, dass die angedachte Verbindung im Uferwegekonzept nicht enthalten ist. Im Radverkehrskonzept könnte sie bei Fortschreibung dessen mit geprüft und bewertet werden.

Herr Jäkel räumt ein, dass es unter diesen Umständen keine Machbarkeitsstudie sein muss, mögliche Varianten und Kosten sollten aber für den Weg erstellt werden.

Herr Kirsch möchte den Antrag zurückstellen, bis das Radwegekonzept da ist.

Herr Goetzmann unterstützt das insofern, da er meint, dass mit dem Radverkehrskonzept eine Strategie zur Gesamtbetrachtung eingeschlagen wurde und nun mit der Machbarkeitsstudie ein zusätzlicher Einzelaufwand betrieben werden soll.

Er schlägt vor, dass die Machbarkeit innerhalb des Radverkehrskonzeptes geprüft und bewertet wird.

Die Vorlage wird in geänderter Form zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,
~~eine Machbarkeitsstudie zur Schaffung~~

im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes Möglichkeiten und Priorität eines durchgehenden Fußweges oder Fuß- und Radweges entlang der Eisenbahnstrecke zwischen Potsdam-Hauptbahnhof und Kiewitt in Potsdam-West zu ~~erstellen untersuchen~~.

Dabei sollen die Möglichkeiten der Schaffung eines solchen Weges entlang der Bahnstrecke unter Einbeziehung vorhandener Teilabschnitte des Weges im Bereich der Neustädter Havelbucht und in Ergänzung des Systems der Uferwege untersucht werden.

~~Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 08. Mai 2013 über den Stand der Erarbeitung zu informieren.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.6 Städtebauliche Verträge

Vorlage: 13/SVV/0137

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Holtkamp verteilt das Ablaufschema und bringt die Vorlage ein.

Sie verweist darauf, dass das Verhandlungsstadium mit dem Investor zu spät ist um die die Stadtverordneten mitbestimmen zu lassen. Nach dem Beschluss Abwägungsvorschlag zum Bebauungsplan wird der Entwurf des Vertrages gefertigt und zum Satzungsbeschluss durch die Stadtverordneten gebilligt. Nach der

Übergabekonferenz kann man elektronisch darauf zurückgreifen.

Herr Pfrogner betont, dass die Nachvollziehbarkeit der Inhalte auch durch die Beteiligung am Planverfahren gegeben ist.

Frau Hünecke erklärt nochmals ihren Wunsch, Infos zum Städtebaulichen Vertrag zu erhalten und die Intentionen des Vertrages zu erfahren.

Herr Goetzmann verweist auf die Dauer des Verfahrens und darauf, dass jeder zusätzliche Schritt für die Infos das 3-jährige Prozedere nur noch verlängert. Er schlägt vor, Themen und Ansprüche im Zusammenhang mit der öffentlichen Auslegung den Stadtverordneten mitzuteilen.

Herr Pfrogner ist der Meinung, dass diese Inhalte bereits in der Begründung vorhanden sind.

Herr Kirsch lehnt eine zu große Information ab, da man Verhandlungen mit Investoren nicht öffentlich machen kann.

Herr Goetzmann schlägt eine textliche Änderung der Vorlage vor, was Herr Jäkel befürwortet und Frau Hünecke akzeptiert.

Die Vorlage wird in geänderter Form zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Stadtverordnetenversammlung in die Zielstellung, Dokumentation und Kontrolle städtebaulicher Verträge einbezogen wird. Dazu sind Grundsätze sowie ein Vorschlag für die Festlegung des Verfahrensablaufs zu erarbeiten, ~~in dem beispielsweise zuerst eine Information über anstehende Verhandlungen, die Entscheidung der STVV über die Zielstellung der Verhandlungen, die juristische Prüfung, die Überprüfung der Einhaltung sowie ein Bericht mit bestimmten Zeitabständen vorgesehen sein sollen.~~ **die diesem Ziel dienen.**

Zur Vorbereitung ist ein Register der vorliegenden städtebaulichen Verträge zu erstellen.

Der Entwurf und das Register sind der Stadtverordnetenversammlung zur Sепtembersitzung 2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 **Beschluss Radweg Friedrich Engels-Straße bzgl. DS 12/SVV/0599**
Vorlage: 13/SVV/0153

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Verwaltung geht auf Rückfragen zur Straßenbeleuchtung ein. Es wird eine Stellungnahme zum Sachstand als Anlage zum Protokoll nachgereicht.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4.2 **Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten**

Vorlage: 13/SVV/0152

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Die Verwaltung kann die aufgeworfenen Fragen heute nicht beantworten.

zu 4.3 **Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" - Platz 9 - Buslinie 693 wieder durchgängig bis Johannes-Kepler-Platz bzgl. Antrag 11/SVV/0823**

Vorlage: 13/SVV/0148

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Verwaltung geht auf die Rückfragen ein.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4.4 **Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 21.02.2013 bis 13.03.2013**

Die Vorstellung folgender Vorhaben wird erbeten:

00611-2013-03 Kopernikusstraße 10
00624-2013-03 Silbergraben
00655-2013-03 Stubenrauchstraße
00677 bis 00685-2013-36 – welche Vorhaben sind gemeint?
00738-2013-20 Lange Brücke 2, 22; Babelsberger Straße
00740-2013-36 Pappelallee 26, Erich- Mendelsohn- Allee
00769-2013-03 Wetzlarer Straße
00774-2013-36 Thaerstraße 14
00784-2013-03 Heinrich- Mann- Allee, Albert- Einstein- Straße
00785-2013-03 Albert- Einstein- Straße 1
00786 bis 00788-2013-03 Albert- Einstein- Straße
00789-2013-03 Albert- Einstein- Straße 3

Die Vorstellung der Vorhaben wird in der Sitzung am 14.05.2013 erfolgen.

zu 5 **Sonstiges**

keine

Rolf Kutzmutz
Ausschussvorsitzender

Marlies Britz
Schriftführerin